

| Bahnhofplatz 22-28 | 28195 Bremen

Bürgerschaft der Freien Hansestadt Bremen
Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“
z. Hd. Rebecca Remke
Haus der Bürgerschaft
Am Markt 20
28195 Bremen
- per E-Mail -

Stellungnahme zum Zwischenbericht „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“

26. April 2021

Für den DGB und seine Gewerkschaften ist klar, dass die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommen in Bremen schnellstmöglich erreicht werden müssen. Jede Änderung der Temperaturen kann verheerende Folgen haben – gerade auch für Küstenregionen. Für uns ist jedoch klar, dass eine ökologische Transformation immer auch sozial sein muss. Beide Aspekte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Daher müssen unsere Kolleg*innen in den Betrieben an jeder relevanten Stelle mitgedacht werden. Denn schließlich sind sie vom Wandel maßgeblich betroffen, können ihn aber auch mitgestalten.

Themenbereich Energie, Industrie und Wirtschaft (AG 1 und 2)

Ein wichtiger Schritt zur Klimaneutralität ist die zügige Umsetzung der Energiewende, wie auch im Zwischenbericht beschrieben wird. Dabei sehen wir als Ziel ebenfalls die vollständige Dekarbonisierung und Umstellung auf regenerative Energien (EE). Neben Atom, Erdöl, und Kohle kann deshalb auch die Nutzung von Erdgas nur ein Übergang sein. Es muss schnellstmöglich auf grünen Wasserstoff umgestellt werden. Die Umstellung auf klimaneutrale Produktion erfordert häufig eine Zwischenlösung, wo grüner Wasserstoff noch nicht in ausreichender Menge verfügbar ist. Es sollte jedoch nur in Technologien investiert werden, die eine klimaneutrale Produktionsweise langfristig ermöglichen, auch wenn sie mittelfristig noch fossile Brennstoffe nutzen. Diese Zwischenlösung muss mit einem klaren Plan für die Umstellung auf eine klimaneutrale Produktionsweise zeitlich begrenzt werden. Des Weiteren braucht es Unterstützung durch Forschung und Fördergelder für notwendige produktionstechnische Zwischenlösungen auf dem Weg zur Klimaneutralität, um die laufende Produktion so CO₂-arm wie möglich zu gestalten.

Dieser Transformationsprozess kann jedoch nur gemeinsam mit den Beschäftigten gelingen. Das heißt, Betriebsräte sind engmaschig in diesen Zukunftsprozess einzubinden; ihre betrieblichen Gestaltungs- und Mitbestimmungsrechte auszuweiten. Gleiches gilt für die Einbindung der Tarifvertragsparteien.

Förderprogramme vom Bund und des Landes müssen sich gleichberechtigt an Betriebe und Betriebsräte richten und sie bei der Gestaltung des Strukturwandels unterstützen; dafür ist die Möglichkeit, externe Sachverständiger hinzu zu ziehen, entscheidend. Gestaltbar ist

Miriam Bömer
Gewerkschaftssekretärin

miriam.boemer@dgb.de

Telefon: 0421-3357620
Telefax: 0421-3357660
Mobil: 01707863098

Bahnhofplatz 22-28
28195 Bremen

<https://bremen.dgb.de>

nur, was transparent ist. Institute wie das „Zentrum für Gute Digitale Arbeit und Mitbestimmung“ an der HVHS Springe sind Beispiele, wie eine kompetente Beratung für Interessenvertretungen im Wandel aussehen kann. Dieses Konzept ist auch für das Land Bremen relevant: Institute, die solche Beratung anbieten, sollten auch an den Hochschulen im Lande angesiedelt werden. Zusätzlich würde die Einrichtung von Transformationsausschüssen in Betrieben und der Abschluss von Zukunftstarifverträge zu einem nachhaltigen und mitbestimmten Wandel führen. Die Politik muss den Umbau, beispielsweise mit Transformationsfonds, mitfinanzieren und politisch unterstützen, damit Wettbewerbsfähigkeit und damit Beschäftigung in der Übergangsphase gesichert bleibt. Umfassende Tariftreue- und Vergabegesetze unterstützen diesen Prozess, indem sie klar definierte soziale und ökologische Mindeststandards setzen.

Das gilt auch für die Vergabe von Gewerbeflächen, die neben ökologischen auch Standards von Guter Arbeit und Ausbildungsbereitschaft und –fähigkeit der Unternehmen mitbedenken sollte. Der Umbau zu klimaneutralen Gewerbegebieten ist ein Ziel. Jedes Unternehmen soll die eigenen Flächen nutzen, um grünen Strom zu produzieren, beispielsweise durch die Errichtung von Windenergie- und Photovoltaikanlagen und die Nutzung der Abwärme für z.B. die Beheizung der eigenen Bürogebäude. Große Flächen, wie z.B. bei ArcelorMittal oder Mercedes müssen ihren Beitrag von „grüner Energie“ leisten.

Ein weiterer bisher vernachlässigter Aspekt ist ein Konzept zur Weiterbildung der Fachkräfte im Unternehmen. Nur ein Bruchteil der Beschäftigten (<20%) nehmen momentan externe Fortbildungen überhaupt wahr und gerade niedrig Qualifizierte profitieren zu wenig von ihnen. Klimawandel erfordert sowohl neue Qualifikationen, aber auch den Erhalt der Qualifikation um in der fortschreitenden Technik mitzuhalten. Gerade jetzt könnten Zeiten der Kurzarbeit für Weiterbildung genutzt werden. Das Land Bremen sollte hier zum Vorreiter werden: Im Bundesrat sollte Bremen sich für ein Recht auf Weiterbildung mit Lohnfortzahlungen und Freistellungsmöglichkeiten einsetzen. Die Hochschulen müssen stärker für Weiterbildungen neben dem Beruf geöffnet werden. Das Konzept Transformationslotsen könnte auch in Bremen etabliert werden: So werden bestehende Kompetenzen der Beschäftigten genutzt und durch die Kompetenz zur ökologischen Gestaltung der Produktion ergänzt. Damit kann die Unsicherheit der Beschäftigten in Bezug auf den ökologischen Wandel aufgefangen werden und nur dann kann er überhaupt funktionieren. Das vorgeschlagene „BremenLabel“ sollte neben ökologischen auch soziale Standards wie Tariftreue und die Möglichkeit zu Weiterbildungen auszeichnen.

Themenbereich Wohnen und Gebäude (AG 3)

Die vorgeschlagenen Konzepte für Neubauten begrüßen wir. Diese sollen flächendeckend mit Photovoltaikanlagen belegt werden, um Stromerzeugung zu sichern. Die Wärmeversorgung muss klimaneutral gestaltet werden – das Konzept von Passivhäusern oder „Effizienzhäusern – Plus“ begrüßen wir.

Die Sanierung von Altbauten stellt aus unserer Sicht jedoch den wichtigeren Aspekt auf dem Weg zur Klimaneutralität dar. Um- und Ausbau im Bestand sollte vor Neubau bevorzugt werden. Dafür braucht es Förderprogramme auf Bundesebene, die auch private Häuserbesitzer erreichen. Dafür müssen sie auf kommunaler Ebene von Beratungsstellen flankiert werden. Gerade in der Gebäudesanierung kommt es auf gut ausgebildete Fachkräfte an. Der Bereich hat eine hohe Innovationsdynamik, die umfassendes Wissen bei der Materialauswahl und Beratungskompetenz erfordert. Zudem zeigen Prognosen, dass Berufe in diesem Bereich in Zukunft besonders benötigt werden. Daher muss gerade hier auf gute Arbeit geachtet werden, es muss in Aus- und Weiterbildung investiert werden, damit der Wandel mitgestaltet werden kann. Im Bereich der öffentlichen Gebäude kann der Staat seine Nachfragemacht nutzen, und Aufträge nur an Unternehmen vergeben, die tarifgebunden sind und Qualifizierungsnachweise nachweisen können.

Sowohl energieeffiziente Neubauten als auch hochwertig sanierte Altbauten dürfen jedoch kein Privileg der Reichen sein. Die Einsparungspotenziale beim Heizen müssen auch einkommensschwächeren Menschen zugutekommen. Daher muss der Umbau des Altbestandes für sie so gestaltet werden, dass die gesamte Warmmiete mindestens nicht steigt.

Themenbereich Mobilität und Verkehr (AG 4)

Im Land Bremen muss klimaschonende Mobilität attraktiver werden. Die Lösung liegt nicht in einer 1:1 Umstellung vom individuellen PKW-Verkehr. Es geht auch um eine Reduzierung des Autoverkehrs in der Stadt. Diese wird aber nur mit dem Ausbau eines attraktiven ÖPNV möglich. Wir brauchen bei Bus und Bahn gute Anbindungen und kürzere Takte gerade auch in den Gewerbegebieten. Auch die BSAG muss einen klimagerechten ÖPNV umstellen. Wasserstoffbetriebene Busse sind für uns keine Lösung, da bestehende Infrastruktur wie Schienennetze direkt genutzt werden kann. Wasserstoffantriebe bleiben Verkehrsmitteln vorenthalten, die einen sehr hohen Energiebedarf in Bezug auf zurückgelegte Strecke und Lasten haben (bspw. Flugzeug- oder Schiffverkehr).

Wo ein ÖPNV-Ausbau nicht wirtschaftlich ist, können Carsharing-Angebote, die Elektromotoren nutzen, eine Lösung sein.

Damit ÖPNV zu einer echten Option für alle wird, muss er das günstigste Fortbewegungsmittel werden. Unser Ziel ist ein steuerfinanzierter ÖPNV, für den keine Tickets mehr gekauft werden müssen. Den Vorschlag „Einfach einsteigen“ befürworten wir. Als Übergangslösung ist auch der Ausbau von länderübergreifenden, günstiges Ticket denkbar (das kann auch der Ausbau von Sozialtickets, Azubi-Tickets und den Ausbau von Job-Tickets sein). Wenn das Konzept für Nutzer*innen kostengünstig und übersichtlich gestaltet ist, wird der ÖPNV zu einer attraktiven Alternative.

Der Radverkehr ist die geräuschärmste und klimafreundlichste Alternative im Verkehr. Für mittlere Distanzen können auch Pedelecs einen Teil des individuellen PKW-Verkehrs ablösen. Dafür braucht es gut ausgebaute Radwege und eine gute Infrastruktur für den Radverkehr, auch in den Gebieten am Stadtrand. Priorität sollten Strecken haben, die für möglichst viele

Menschen das Fahrrad als Alternative fördern. Dabei sind besonders Wege zur Arbeit zu beachten. Bestes Beispiel ist die Priorität der Fahrradbrücke über die Korbinsel nach Heme-lingen.

Themenbereich Klimabildung und Wissenschaft (AG 5)

Dieser Punkt sollte vielmehr Querschnittsthema für alle vorhergehenden Abschnitte sein. Im Teil Energie, Wirtschaft und Industrie wurde dieses schon beispielhaft verhandelt. Weiter-
— bildung von Fachkräften ist für uns der Schlüssel zum Gelingen der sozial-ökologischen Transformation. Am Beispiel der Gebäudesanierung wird deutlich, wie wichtig kompetente Fachkräfte sind. Nur diese können energetisch effiziente und passgenaue Lösungen anbie-
— ten. Ausbildungsinhalte müssen daher angepasst werden und die lebenslange Weiterbil- dung ermöglicht werden. Genau diese Punkte der Weiterbildung in Kooperation mit Sozial- partnern und Förder- und Qualifizierungsangebote für Fachkräfte stehen im Zwischenbericht immer noch zur Debatte. Gerade diese sind aber unserer Einschätzung nach entscheidend für das Gelingen der sozial-ökologischen Transformation, die nicht al- lein durch Schulung zum* zur klimabewussten Konsument*in gelingen kann.

Die Hochschulen brauchen eine gute Ausstattung mit Grundmitteln, um Grundlagenfor-
— schung im Bereich Klimaschutz nachhaltig zu gestalten. Außerdem müssen sich Hochschu- len für berufsbegleitende Weiterbildung öffnen, die auch beruflich qualifizierten Fachkräf- ten den Erwerb von Zertifikaten ermöglicht. Darüber hinaus sollte Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) stärker in die (politische) Weiterbildung integriert werden.

Themenbereich Konsum und Ernährung (AG 6)

Den Maßnahmen in diesem Teil stimmen wir weitestgehend zu, geben jedoch zu beden-
— ken, dass die die Verantwortung nicht nur dem* der Konsument*in übertragen werden darf. In einem komplexen Wirtschaftssystem müssen politische Anreize zur Verhaltensände- rung gesetzt werden.

Sollte es dazu Fragen geben, melden Sie sich gerne bei uns.

Mit freundlichen Grüßen



Miriam Bömer



Annette Düring